

Beschluss



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

des Landesvorstandes vom 16.03.2007

Reform der Gemeindeordnung bezüglich der privatwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen.

1 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU begrüßt den vom
2 Landeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf der Reform der Gemeindeordnung
3 bezüglich der privatwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen.
4

5 Die von Rot-Grün vor einigen Jahren durchgesetzte Lockerung hat zu
6 Wettbewerbsverzerrungen zwischen staatlichen Anbietern und privater Wirtschaft,
7 Abhängigkeiten des Mittelstandes von den öffentlichen Stellen sowie zu
8 Endverbraucher und Gebührenzahler schädigenden Strukturen geführt.
9

10 Auswüchse von privatwirtschaftlicher Betätigung von Kommunen müssen im
11 Rahmen der Reform des §107 der Gemeindeordnung unterbunden werden. Die
12 Kommunen finanzieren ihre Leistungen durch die Erhebung von Abgaben, Gebühren
13 und Steuern von ihren Bürgern. Deshalb ist es unfair und ungerecht, wenn sie ihren
14 Bürgern auch noch als Konkurrenten im Geschäftsleben gegenüberreten.
15

16 Die MIT NRW begrüßt die Reduzierung dieser Tätigkeiten auf den dringenden
17 öffentlichen Zweck sowie die Verschärfung der Subsidiaritätsklausel im
18 Gesetzentwurf, nach der die öffentliche Hand außerhalb des unstrittigen
19 Kernbereichs der Daseinsvorsorge nur dann tätig sein darf, wenn sie nachweislich
20 diesen Zweck für die Bürger besser erfüllen kann als die Privatwirtschaft. Dies
21 entspricht dem CDU-Grundsatz „Privat vor Staat“.
22

23 Durch die vorgesehene Novelle werden keine Arbeitsplätze bei den kommunalen
24 Unternehmen gefährdet, da die derzeitigen Bereiche kommunaler Unternehmen nicht
25 betroffen sind. Es wird ein umfangreicher Bestandsschutz gewährt und die
26 Kernbereiche der Daseinsvorsorge sind explizit ausgenommen. Die Veränderung
27 passt lediglich den Rechtsstand den Regelungen in den meisten Bundesländern an.
28 Auch ist sichergestellt, dass die kommunalen Unternehmen nicht schlechter gestellt
29 sind, als in anderen Bundesländern.
30

31 Aus diesem Grund fordert die MIT NRW Vertreter der Kommunen aller Parteien auf
32 Schluss zu machen mit der teilweise betriebenen Panikmache und
33 Falschinformation. Wenn die Kommunen echten Wettbewerb haben möchten, so
34 haben Sie dabei die volle Unterstützung des Mittelstandes. Echter Wettbewerb
35 bedeutet gleiche Konditionen und Ausgangschancen. Um dies zu erreichen ist die
36 Reform des §107 der Gemeindeordnung NRW ein erster guter und unerlässlicher
37 Schritt.
38